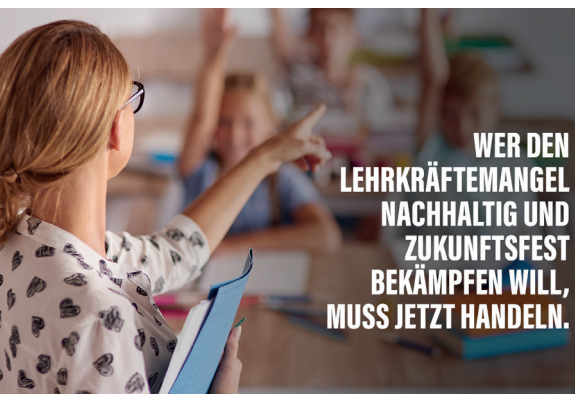


LEHRERMANGEL VERSCHÄRFT UNGLEICHHEIT

SETZPUNKT DER SPD-FRAKTION



WER DEN
LEHRKRÄFTEMANGEL
NACHHALTIG UND
ZUKUNFTSFEST
BEKÄMPFEN WILL,
MUSS JETZT HANDELN.

Zum Setzpunkt der SPD „Lehrermangel verschärft Chancenungleichheit und Überlastungen an Schulen“ hat Christoph Degen die Landesregierung aufgefordert, den Lehrermangel nicht weiter als Lappalie abzutun, sondern nachhaltig zu handeln. „An unse-

ren Schulen fehlen Lehrkräfte – nicht nur krankheitsbedingt und auch nicht nur vorübergehend. Wir haben vor allem an Grundschulen, Förderschulen und Beruflichen Schulen einen strukturellen Lehrkräftemangel, der weiter zunehmen wird“, sagte der bildungspolitische Sprecher. Erst kürzlich hätten Recherchen des Hessischen Rundfunks bewiesen, dass ein unbestreitbarer Lehrkräftemangel an nahezu allen Schulen in Hessen existiere. „Dadurch wird die Belastung der übrigen Lehrkräfte noch größer und die Bildungsgerechtigkeit wird ausgehebelt“, erklärte Degen. Die Einsetzung pädagogischer Laien könne keine Dauerlö-

sung sein, denn trotz engagierter Arbeit könnten die Seiteneinsteiger keine ausgebildeten Lehrkräfte ersetzen. Andere Bundesländer würden ihre Quereinsteiger wesentlich besser qualifizieren und ihnen langfristige Perspektiven im Schuldienst bieten. Degen betonte, dass die Herausforderungen weiter zunehmen und deshalb der Lehrkräftemangel nachhaltig und zukunftsfest bekämpft werden müsse. Kurzfristig helfe nur ein gutes Quereinsteigerprogramm. Zudem müsse die Ausweitung der Studienplatzkapazitäten fortgesetzt werden. „Außerdem kann die Koalition jederzeit den SPD-Vorschlag für ein Hessen-Stipendium aufgreifen“, schloss Degen.

EHRENAMTLICH TÄTIGE SCHÜTZEN

„Wenn mehr als zwei Drittel der Politikerinnen und Politiker und der Bediensteten in den Kommunen Erfahrung mit Bedrohungen bis hin zu körperlicher Gewalt machen mussten, dann stimmt etwas nicht in unserem Land“, eröffnete der Parlamentarische Geschäftsführer Günter Rudolph die auf Antrag der SPD-Fraktion stattfindende Debatte über die Bedrohungslage für Kommunalpolitiker und andere ehrenamtlich Tätige. In seiner Rede verwies Rudolph auf eine Umfrage des Hessischen Rundfunks unter allen hessischen Gemeinden, bei

der 70 Prozent der Befragten angaben, dass sie schon einmal bedroht oder beleidigt wurden. „Ich erwarte, dass der Landtag heute ein klares Signal gegen Hetze und Bedrohung setzt“, forderte Rudolph. „Wir müssen deutlich machen, dass gerade die Ehrenamtler – nicht nur in der Politik, sondern auch bei den Rettungsdiensten, in Vereinen und Initiativen – unsere uneingeschränkte Solidarität und Wertschätzung haben.“ Rudolph erneuerte die Forderung seiner Fraktion nach einer parlamentarischen Anhörung von Betroffenen



sowie Kriminalitäts- und Präventionsexperten, um gemeinsame Strategien zum Schutz der ehrenamtlich Tätigen zu entwickeln. „Diejenigen, die ein Ehrenamt ausüben und die damit unsere Gesellschaft zusammenhalten, müssen geschützt, unterstützt und geachtet werden“, schloss Rudolph.

AKTUELLE STUNDEN KURZ UND KNAPP

UKGM-ANHÖRUNG MUSS KLARHEIT SCHAFFEN



In der Aktuellen Stunde der SPD kritisierte Dr. Daniela Sommer, dass Schwarzgrün eine Anhörung zur Bilanz des privatisierten Universitätsklinikums Marburg-Gießen (UGKM) rigoros abgelehnt hat und sich weigert, Transparenz und Klarheit zu schaffen. „Es ist beschämend und ein Schlag ins Gesicht der Beschäftigten, dass Schwarzgrün eine Anhörung im Landtag verweigert und sich stattdessen allein auf die Darstellung der Geschäftsleitung des Rhön-Klinikums verlässt“, kritisierte die gesundheitspolitische Sprecherin Dr. Sommer. Betriebsrat und Geschäftsleitung malten seit Jahren ganz unterschiedliche Bilder von der Situation: Klinikparadies oder Pflegenotstand? In einer Anhörung könne die Situation der Patientenversorgung, der Pflege und der Beschäftigten am Klinikum umfassend beleuchtet und allen Beteiligten die Gelegenheit zur ausführlichen Darstellung gegeben werden. Berichte über Arbeitsverdichtung, Personalmangel, hohe Ausfallzeiten, Überstunden, aber vor allem auch Überlastungs- und Risikoanzeigen könne die Landesregierung nicht weiter ignorieren.

BEAUFTRAGTER JA, OBERAUFSER NEIN

„Es ist grundsätzlich richtig, einen Bürgerbeauftragten einzusetzen, der zwischen Bürgern und Behörden vermitteln kann“, begrüßte Günter Rudolph das Vorhaben der Landesregierung, einen Bürgerbeauftragten zu bestellen. Wichtig sei jedoch, dass der oder die künftige Bürgerbeauftragte nicht in Konkurrenz zum Petitionsausschuss des Landtags stehe. „Die Hessische Landesverfassung sieht ausdrücklich vor, dass Petitionen an die Volksvertretung zu richten sind, deswegen ist hier eine deutliche Abgrenzung zur Arbeit eines Bürgerbeauftragten vorzunehmen. Der oder die Beauftragte kann jedenfalls nicht als ‚Oberaufseher‘ für den Petitionsausschuss des Landtags installiert werden“, sagte der Parlamentarische Geschäftsführer Rudolph und kündigte für Januar einen konkreten Vorschlag der SPD-Fraktion für eine sach- und problemgerechte gesetzliche Lösung an.

BAUERNPROTESTE

Anlässlich der Aktuellen Stunde der FDP zu den Bauernprotesten erklärte Heinz Lotz, dass die Landwirte ernst genommen und vor allem einbezogen werden wollen. Das Nicht-Einbeziehen habe das hessische Umweltministerium jedoch mittlerweile zu einer Meisterrdisziplin gemacht. Grundsätzlich



zeigte sich Lotz davon überzeugt, dass die Landwirte zu einem Umstieg auf eine ökologischere und klimafreundlichere Landwirtschaft bereit seien – sie müssten jedoch auch davon leben können. In der Frage ob eine rein wissenschaftlich gelenkte Landwirtschaftspolitik derzeit funktionieren könne, zeigte sich der landwirtschaftspolitische Sprecher Lotz zwiesgespalten. „Denn Landwirtschaft ist mehr als Wissenschaft. Hier stehen Menschen und gesellschaftliche Strukturen dahinter. Gleichzeitig muss sich die Landwirtschaft künftig auch stärker am Gemeinwohl orientieren“, sagte Lotz.

TARIFEINIGUNG IM BUSFAHRERSTREIK

Die von der Linken beantragte Aktuelle Stunde zu den Arbeitsbedingungen im öffentlichen Nahverkehr, bezeichnete Wolfgang Decker als zu spät, da sich die Tarifpartner bereits vergangene Dienstag geeinigt hätten. „Und die Tarifeinigung lässt sich wirklich sehen. Die stufenweise Lohnerhöhung um 29 Prozent von 13,50€ auf 17,40€ in der Stunde ist ein echtes Pfund“, sagte der arbeitsmarktpolitische Sprecher. Das gute Ergebnis sei in erster Linie der Hartnäckigkeit der Gewerkschaft zu verdanken, die am Ende zu einer Einsicht der Arbeitgeberseite in ihre soziale Verantwortung geführt habe. „Vor allem freut uns das Ergebnis für die über 4.000 Fahrerinnen und Fahrer der privaten Unternehmen“, so Decker. Die Einigung müsse nun auch Signalwirkungen in andere noch lohnprekäre Branchen haben.



STRASSENBAHNEN FÖRDERN

MOBILITÄTSFÖRDERGESETZ

Der Hessische Landtag hat am Plenarmittwoch in Erster Lesung Änderungen am Mobilitätsfördergesetz diskutiert. „Über die Bedeutung des Schienenverkehrs bei der Bewältigung der Veränderungen in der Mobilitätspolitik sind wir uns fast alle einig“, erklärte dazu der verkehrspolitische Sprecher der SPD-Fraktion Tobias Eckert. „Bisher sieht das Mobilitätsfördergesetz keine Förderung der Anschaffung und der Ersatzbeschaffung von Straßenbahnen vor, die von den Städten Frankfurt, Darmstadt und Kassel eingesetzt werden. Das soll mit der Erweiterung der förderfähigen Vorhaben geändert werden, wozu unser Gesetzentwurf dient“, sagte Eckert. Straßen-

bahnen leisteten einen wichtigen Beitrag zu Staureduzierung und seien umwelt- und klimafreundlicher als PKWs. „In Frankfurt und Darmstadt wurde bereits gegen den Luftreinhalteplan des Landes geklagt. Daher ist das Land auch bei den Herausforderungen zur Finanzierung eines attraktiven Angebotes auf der Schiene mit in der Verantwortung“, so Eckert. Der zusätzliche Förderetatbestand dürfe jedoch natürlich nicht dazu führen, dass Stadt gegen Land ausgespielt werden. Deshalb habe die SPD in den letzten Jahren immer wieder deutlich gemacht, dass sie das Mindestfördervolumen im Mobilitätsfördergesetz sukzessive und verlässlich anheben will. „Wir sind

Für einen sauberen Stadtverkehr:

ANSCHAFFUNG UND ERSATZBESCHAFFUNG VON STRASSENBAHNEN FÖRDERN.



der Auffassung, dass unser Gesetzentwurf eine gute, eine logische und eine notwendige Veränderung im bestehenden Mobilitätsfördergesetz darstellt und freuen uns auf die Beratung im Ausschuss“, erklärte Eckert.

SOZIALSTAAT MUSS SICHERHEIT GEBEN

HARTZ IV



In der Plenardebatte um Hartz IV hat sich Lisa Gnagl für eine umfassende Reform des Grundversicherungssystems ausgesprochen. Diese solle auf einem neuen

Ansatz beruhen und Antworten auf die aktuellen arbeitsmarktpolitischen Herausforderungen geben. Das System, das vor 15 Jahren im Kontext der damaligen Rahmenbedingungen wie Massenarbeitslosigkeit und dem Nebeneinander von Sozialhilfe und Arbeitsvermittlung entworfen wurde, hatte Fehler, die heute korrigiert werden müssten, so Gnagl. „Der Sozialstaat muss an die sich wandelnden

Bedingungen angepasst werden. Wir müssen auf die zunehmende Verunsicherung der Gesellschaft reagieren und wieder Sicherheit geben. Auch in einer von Klimawandel, Globalisierung und Digitalisierung geprägten Welt muss der Sozialstaat die großen Lebensrisiken absichern sowie Gerechtigkeit und Gleichheit in unserer Gesellschaft fördern“, erklärte die sozialpolitische Sprecherin und wies auf den Beschluss des SPD-Bundesparteitags zur Einführung eines Bürgergeldes hin. Dieses orientiere sich am Leitbild eines unterstützenden und bürgernahen Sozialstaats mit mehr Respekt vor der Lebensleistung des Einzelnen.

AUSLÄNDERBEIRATSWAHLEN



In der Debatte zum Gesetz zur Verbesserung der Teilhabe von Ausländerinnen und Ausländern an der Kommunalpolitik warf Turgut Yüksel der Landesregierung vor, mit ihrem Gesetzentwurf demokratische Rechte abzubauen. Der Gesetzesentwurf könne dazu führen, dass in Zukunft weniger Wahlen zu Ausländerbeiräten stattfinden würden. „Damit schränkt Schwarzgrün die Rechte von Migrantinnen und Migranten ein“, kritisierte Yüksel. Vielmehr brauche es eine Modernisierung der Strukturen der Ausländerbeiräte, die Ausweitung ihrer Rechte und die Verbesserung ihrer Ausstattung mit angemessenen Ressourcen, wie in einem SPD-Antrag gefordert.

EINFÜHRUNG LOBBYREGISTER ÜBERFÄLLIG

„In den letzten Jahren hat der Einfluss von organisierten Lobbyisten auf politische Entscheidungsprozesse stark zugenommen“, erklärte Angelika Löber in der Debatte zur Einführung eines Lobbyregisters in Hessen. Die SPD-Fraktion fordere deshalb in ihrem Antrag mehr Transparenz bei der Lobbyarbeit. „Es muss klar definierte Regeln geben, nach denen die Lobbyarbeit erfolgt“, stellte Löber fest und bezeichnete die Einführung eines Lobbyregisters in



Hessen als längst überfällig. Die SPD wolle, dass die schwarzgrüne Landesregierung ihr bereits in der letzten Legislaturperiode angekündigtes Vorhaben zur Einführung eines Lobbyregisters endlich umsetze. Eine fehlende Transparenz führe zu einem steigenden Misstrauen gegenüber den Institutionen der Demokratie. „Um die Glaubwürdigkeit und Akzeptanz des Handelns von Landtag und Landesregierung zu gewährleisten, ist die Einführung eines Lobbyregisters dringend nötig“, so Löber.

PR STATT EFFEKTIVER POLITIK

„Nicht der Mensch muss sich der digitalen Technik unterwerfen und weichen, sondern wir müssen aus technischem Fortschritt gesellschaftlichen und sozialen Fortschritt für alle gestalten“, antwortete der digitalpolitische Sprecher Tobias Eckert auf die Regierungserklärung der Ministerin für Digitale Strategie und Entwicklung. Dazu zähle an erster Stelle der Schutz des Einzelnen vor Datenkontrolle, vor Überwachung und Manipulation. „Wir brauchen eine Agenda für die Datensouveränität im 21. Jahrhundert, wie zum Beispiel einen Arbeitnehmerdatenschutz“, sagte Eckert. Digitalisierung ändere in der Arbeitswelt alles, für die Arbeitnehmer und die Arbeitgeber. Arbeitnehmervertreter müssten in die Gestaltung der Digitalisie-



rung aktiv mit einbezogen werden, um von ihrem Know-how und ihrem Engagement profitieren zu können. Dafür müsse das Personalvertretungsrecht fitgemacht werden. Eckert forderte die Ministerin auf, Impulse für arbeitnehmerorientierte Digitalisierungsberatung zu geben. Immer wieder werde über Studien diskutiert, wonach eine bestimmte Anzahl von Tätigkeiten der Digitalisierung zum Opfer fallen, auf Hessen übertrage Schwarzgrün dies mit einer eigenen Studie jedoch nicht. „Es gibt kein Ziel, es gibt keine Vision, es gibt keine Steuerung und keine neuen Impulse, es gibt nur mehr Stellen, mehr Reisekosten und mehr eigene PR. Dafür hätten wir kein Digitalministerium gebraucht“, sagte Eckert.

ARBEITSPLÄTZE DURCH ENERGIEWENDE

Einen heftigen Schlagabtausch zur Energiepolitik lösten Anträge von FDP und AfD aus. In der Debatte stellte der energiepolitische Sprecher Stephan Grüger klar, dass das EEG faktisch ein Festpreisvertrag für die Einspeisung und Lieferung von Erneuerbaren Energien sei, und dass die ständig sinkende Förderung von Erneuerbaren Energien nur ein vorübergehender Ausgleich für den seit Jahrzehnten durch dreistellige Milliardensubventionen geschaffenen Wettbewerbsvorteil für nukleare und fossile Energien sei. Bereits mittelfristig sei ein allein auf Erneuerbaren Energien basierendes Energiesystem kostengünstiger, als das bisherige. „Die SPD steht zur Energiewende, weil sie in Deutschland bereits über 300.000 Arbeitsplätze geschaffen hat, weil durch Erneuerbare Energien die Versorgungssicherheit und die Unabhängigkeit Deutschlands sichergestellt werden kann, weil Wertschöpfung nach Deutschland und in den ländlichen Raum geholt wird und weil Konflikte um Energieträger (wie bspw. Öl und Uran) beseitigt werden können“, erklärte Grüger.



Impressum:

SPD-Fraktion
im Hessischen Landtag
Schlossplatz 1-3
65183 Wiesbaden

Redaktion:

Christoph Gehring (verantwortlich),
Isabel Neumann,
Gerfried Zluga,
Martina Häusl-David